

Antragsausgabe am:

Eingangsstempel



LANDKREIS
KONSTANZ

ANTRAG AUF GEWÄHRUNG VON EINGLIEDERUNGSHILFE

für Menschen mit Behinderung nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX)

für

Frau/Herrn

Name, Vorname, Geburtsdatum

ggf. vertreten durch:

- gesetzliche Betreuung, Vormundschaft, bevollmächtigte Person
 Sorgeberechtigte/n

Name, Vorname

Anschrift

Telefonnummer, email

Welche Hilfe benötigen Sie und warum?

Es wird darauf hingewiesen, dass die Eingliederungshilfeleistungen auch in Form eines Persönlichen Budgets in Anspruch genommen werden können.

Hatten Sie schon Kontakt mit einem Leistungserbringer?

- ja
 nein

Wenn ja, mit wem? (Name und Kontaktdaten Ansprechperson)

**BITTE BEACHTEN SIE:
UNVOLLSTÄNDIG AUSGEFÜLLTE ANTRÄGE WERDEN ZURÜCKGESCHICKT UND VERZÖGERN DIE BEARBEITUNG**

A Daten der antragstellenden Person

1. Personendaten

Name	
Vorname	
PLZ, Wohnort	
Straße, Hausnummer	
Telefonnummer	
Geburtsdatum	
Geburtsort	
Geburtsname	
Geschlecht	
Staatsangehörigkeit	
Für ausländische Staatsangehörige: Art des Aufenthaltstitels Aufenthaltstitel gültig bis	
Arbeitserlaubnis	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Familienstand	
Steueridentifikationsnummer	
Art des Schulabschlusses	
Erlerner Beruf bzw. zuletzt ausgeübte Tätigkeit	

2. Daten der Eltern

	Mutter	Vater
Name		
Vorname		
PLZ, Wohnort		
Straße, Hausnummer		
falls bereits verstorben, Sterbedatum		

3. Daten des/r nicht getrenntlebenden Ehegatten/in, Lebenspartners/in oder Partners/in einer eheähnlichen oder lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft

(Angaben freiwillig, kann ggf. zu einer Erhöhung des Einkommensfreibetrags führen und sich somit positiv für Sie auswirken.)

Name	
Vorname	
PLZ, Wohnort	
Straße, Hausnummer	
falls bereits verstorben, Sterbedatum	

4. Daten der unterhaltsberechtigten Kinder (sofern im gleichen Haushalt lebend)

(Angaben freiwillig, kann ggf. zu einer Erhöhung des Einkommensfreibetrags führen und sich somit positiv für Sie auswirken.)

Für weitere Kinder verwenden Sie bitte ggf. ein gesondertes Blatt.

	Kind 1	Kind 2
Name		
Vorname		
PLZ, Wohnort		
Straße, Hausnummer		

5. Behinderung

Art der Behinderung/en	
Schwerbehindertenausweis (Kopie Vorder- und Rückseite beifügen)	<input type="checkbox"/> Ja - Grad der Behinderung in %..... Merkzeichen: <input type="checkbox"/> Nein
Ist die Behinderung aufgrund eines Verkehrsunfalls, einer Straftat, eines Arbeits- oder Wegeunfalls oder eines Haftungsfalls eingetreten?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Bestehen Schadenersatzansprüche	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Ggf. gegen wen	

Erhalten Sie Leistungen nach einem Entschädigungsgesetz?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Falls ja, nach welchem Gesetz?	<input type="checkbox"/> Bundesversorgungsgesetz (BVG) <input type="checkbox"/> Soldatenversorgungsgesetz (SVG) <input type="checkbox"/> Zivildienstgesetz (ZDG) <input type="checkbox"/> Bundesfreiwilligendienstgesetz (BVG) <input type="checkbox"/> Häftlingshilfegesetz (HHG) <input type="checkbox"/> Infektionsschutzgesetz (IfSG) <input type="checkbox"/> Opferentschädigungsgesetz (OEG) <input type="checkbox"/> Lastenausgleichsgesetz (LAG)

Erhalten Angehörige von Ihnen, die im gleichen Haushalt leben, Leistungen nach einem Entschädigungsgesetz?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Falls ja, nach welchem Gesetz?	<input type="checkbox"/> Bundesversorgungsgesetz (BVG) <input type="checkbox"/> Soldatenversorgungsgesetz (SVG) <input type="checkbox"/> Zivildienstgesetz (ZDG) <input type="checkbox"/> Bundesfreiwilligendienstgesetz (BVG) <input type="checkbox"/> Häftlingshilfegesetz (HHG) <input type="checkbox"/> Infektionsschutzgesetz (IfSG) <input type="checkbox"/> Opferentschädigungsgesetz (OEG) <input type="checkbox"/> Lastenausgleichsgesetz (LAG)
Falls ja, als	<input type="checkbox"/> Beschädigte/r <input type="checkbox"/> Hinterbliebene/r

6. Bankverbindung

Name der Bank	
IBAN, BIC	
Kontoinhaber	
Anschrift der Bank	

7. Kranken- und Pflegeversicherung

Name der Krankenkasse	
Krankenversicherungsnummer	
Anschrift der Geschäftsstelle	
Versicherungsart	<input type="checkbox"/> Pflichtversicherung <input type="checkbox"/> Familienversicherung über <input type="checkbox"/> private Krankenversicherung <input type="checkbox"/> freiwillige Krankenversicherung

Pflegegrad (Bitte Kopie des Bescheids beifügen)	<input type="checkbox"/> keiner <input type="checkbox"/> 1 <input type="checkbox"/> 2 <input type="checkbox"/> 3 <input type="checkbox"/> 4 <input type="checkbox"/> 5 <input type="checkbox"/> beantragt
Ggf. seit wann	
Erhalten Sie Leistungen der Pflegeversicherung?	<input type="checkbox"/> Pflegegeld <input type="checkbox"/> Pflegesachleistung <input type="checkbox"/> Entlastungsbetrag <input type="checkbox"/> Kombination von Geldleistung und Sachleistung (Kombinationsleistung)

8. Beihilfe

Sind oder waren Sie oder ein Elternteil im öffentlichen Dienst beschäftigt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Dienstherr	
beihilfeberechtigte Person	
Beihilfestelle	
Beihilfenummer	

9. Rentenversicherung

Rentenversicherungsträger	Deutsche Rentenversicherung <input type="checkbox"/> Bund <input type="checkbox"/> Baden-Württemberg <input type="checkbox"/> andere:
Rentenversicherungsnummer	
Versicherungsverlauf	falls vorhanden bitte beifügen

10. Agentur für Arbeit

Arbeitsagentur (Ort)	
Kundennummer	
Fand bereits ein Beratungsgespräch statt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

11. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Beziehen Sie derzeit oder haben Sie in der Vergangenheit Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Behörde	von	bis

12. Bisherige Aufenthaltsverhältnisse

Tatsächliche Aufenthalte (muss nicht unbedingt mit der polizeilichen Meldeadresse übereinstimmen) in den letzten sechs Monaten

Ort	von	bis

13. Bisheriger Eingliederungshilfe-Bezug

Beziehen Sie derzeit oder haben Sie in den letzten 6 Monaten Eingliederungshilfe nach SGB IX erhalten?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Behörde	von	bis

B Einkommen der antragstellenden Person und der Eltern bzw. des Elternteils bei minderjährigen antragstellenden Personen (sofern im gleichen Haushalt lebend)

(und des nicht getrenntlebenden Ehegatten oder Lebenspartners, des Partners in einer eheähnlichen oder lebenspartnerähnlichen Gemeinschaft – Angaben freiwillig, kann ggf. zu einer Erhöhung des Einkommensfreibetrags führen.)

(auch erwartetes Einkommen)

Einkommensart	Antragsteller (Betrag)	Eltern (Betrag)	Partner (Betrag)
Grundsicherung/Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) SGB XII			
Bürgergeld (SGB II)			
Wohngeld			

Beziehen Sie Grundsicherung/HLU, Bürgergeld oder Wohngeld?	<input type="checkbox"/> Ja => bitte weiter bei Buchstabe C <input type="checkbox"/> Nein => bitte weiter bei „Einkommen des Vorvorjahres“
Können Sie Ihren Einkommensteuerbescheid und Ihre -steuererklärung des Vorvorjahres vorlegen und weichen Ihre aktuellen Einkünfte nicht erheblich (15 %) von denen des Vorvorjahres ab	<input type="checkbox"/> beides Mal Ja => bitte weiter bei Buchstabe C <input type="checkbox"/> mindestens einmal Nein => bitte weiter bei „Einkommen des Vorvorjahres“

Einkommen des Vorvorjahres (2024)

Einkommensart	Antragsteller (Betrag)	Eltern (Betrag)	Partner (Betrag)
---------------	------------------------	-----------------	------------------

1. Leistungen des Arbeitsamtes			
Arbeitslosengeld I			
Unterhaltsgeld			

Berufsausbildungsbeihilfe			
Sonstiges (z .B. Insolvenzgeld)			

2. Kindergeld			
Kindergeld			

3. Renten und Pensionen			
Witwen-/Witwerrente			
Altersrente			
Waisenrente/ Halbwaisenrente (-geld)			
Rente wegen voller/teilweiser Erwerbsminderung			
Firmen-, Betriebs-, Auslandsrente			
Privatrente (z. B. aus Lebensversicherung)			
Sonstiges			

4. Unterhaltsleistungen (von Eltern, getrennt lebenden/geschiedenen Ehepartnern)			
Unterhalt			
Unterhaltsvorschuss (UVG) vom Jugendamt			
Sonstiges			

5. Leistungen der Krankenkasse			
Krankengeld/ Mutterschaftsgeld			
Sonstiges			

6. Erwerbseinkünfte			
nichtselbständige Arbeit			

Gewerbebetrieb			
Sonstiges			

7. Vermietung und Verpachtung			
Vermietung/Verpachtung			
Nießbrauch			
Abgeltung von Wohnrecht			
Sonstiges			

8. sonstige Einkünfte			
Übergangsgeld (Rentenversicherungs- träger/Arbeitsagentur)			
BAföG			
Unterhaltssicherung (Grundwehr-/Zivildienst)			
Leibrenten			
Geldwerte Sachleistungen (z. B. kostenlose Verpflegung, Wohnrecht)			
sonstige Einkünfte/Zinsen			

Bemerkung zu Kontoauszügen:

Sie haben die Möglichkeit, Empfänger und Verwendungszweck von Soll-Buchungen, die keinen Bezug zu Ihrer Eingliederungshilfeleistung haben (Beiträge an Parteien, Gewerkschaften, religiöse Vereinigungen etc.), auf den Kopien Ihrer Kontoauszüge zu schwärzen.

Nicht schwärzen dürfen Sie sämtliche Angaben zu Haben-Buchungen. Kontostände (Saldo am Ende des Auszuges) und alle Soll-Buchungen, die von diesem Gesetz betroffen sind (Zahlungen für Versicherungsbeiträge, Überträge auf andere eigene Konten etc.) dürfen ebenfalls nicht geschwärzt werden.

Die von Ihnen vorgelegten Kontoauszüge dürfen in Kopie in den Leistungsakten der Eingliederungshilfe gespeichert werden, wenn den Kontoauszügen Tatsachen zu entnehmen sind, die sich unmittelbar auf die Anspruchsvoraussetzungen der von Ihnen beantragten Eingliederungshilfe auswirken. Über die Speicherung Ihrer Kontoauszüge entscheidet die Eingliederungshilfe jeweils im Einzelfall. Ihre Kontoauszüge oder Kopien davon, die nach der Prüfung nicht mehr benötigt werden, erhalten Sie zurück oder Kopien werden datenschutzkonform vernichtet.

C Vermögen der antragstellenden Person und der Eltern bzw. des Elternteils bei minderjährigen antragstellenden Personen (sofern im gleichen Haushalt lebend)

Zur Überprüfung bitten wir Sie, alle Vermögenswerte der antragstellenden Person einzeln anzugeben. Über den Einsatz von Einkommen und Vermögen wird im Einzelfall nach Vorlage der entsprechenden Nachweise entschieden. Vermögen, welches die Vermögensfreigrenze gem. §§ 139 f SGB IX in Höhe von aktuell 71.190 Euro überschreitet, ist ggf. einzusetzen.

Sofern Sie Grundsicherung/HLU, Bürgergeld oder Wohngeld beziehen, bitte weiter auf Seite 12.

1. Bargeld, Guthaben auf Konten (z. B. Bargeld, Guthaben Giro- oder Sparkonto (-buch), Festgeld)		
Art	Konto-/Vertragsnummer	Betrag

2. Wertpapiere (z. B. Bundesschatzbriefe, Sparkassenbriefe, Aktien, Fonds) Sparverträge (z. B. Bausparvertrag, vermögenswirksame Leistungen, Lebensversicherungen, Rentenversicherungen, auch riestergefordert, auch mit Verwertungsausschluss)		
Art	Konto-/Vertragsnummer	Betrag

3. Bestehen offene Erbensprüche? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
--

Falls Ja

Art des erwarteten Nachlasses	Wert

4. Sonstiges Vermögen (z. B. wertvolle Möbel, Teppiche, Kunstgegenstände, Schmuck, Erbensprüche, Leibgeding)	
Art	Betrag

5. Immobilien (z. B. Ein-/Mehrfamilienhaus, Eigentumswohnung, Grundstück, Nießbrauch)		
Art	Lage	Verkehrswert

6. Kraftfahrzeug (z. B. Auto, Motorrad)			
Art	Hersteller/Modell	Km-Stand	Zeitwert

7. Wurde innerhalb der letzten 10 Jahre Vermögen nach Nr. 1-6 des Antragstellers durch Schenkung oder Übergabevertrag auf andere Personen übertragen?
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Falls Ja

Art des übertragenen Vermögens	Begünstigter	Wert

Hinweis zum Datenschutz

Zur Bearbeitung Ihres Antrags erheben wir Ihre Daten nach § 67a Abs. 1 SGB X i. V. m. § 60 SGB I. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. e) Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) i. V. m. § 67b Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) und § 23 SGB IX. Diese Daten sind notwendig, um die Voraussetzungen, Ihnen Leistungen der Eingliederungshilfe gewähren zu können, zu prüfen. Die

personenbezogenen Daten werden dafür digital erfasst und gespeichert. An andere Stellen oder ggf. an den Leistungsträger werden Ihre personenbezogenen Daten nur weitergegeben, wenn dies erforderlich und gesetzlich zugelassen ist.

Die Datenschutzbestimmungen des Landratsamtes Konstanz und die Datenschutzhinweise (Art. 13 Datenschutzgrundverordnung) finden Sie unter www.LRAKN.de

Mitwirkungspflichten

Mir ist bekannt, dass ich nach § 60 Absatz 1 Sozialgesetzbuch Erstes Buch verpflichtet bin,

- alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, und auf Verlangen der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen,
- Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich, d. h. ohne schuldhaftes Zögern, mitzuteilen, und
- Beweismittel zu bezeichnen und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers Beweisurkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage zustimmen.

Zu den anzugebenden Änderungen von leistungserheblichen Tatsachen gehören insbesondere die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, die Beantragung und Bewilligung einer Rente oder einer sonstigen Sozialleistung Dritter, der Wechsel des Geldinstitutes oder der Kontonummer, jeder Wohnungswechsel, vorübergehende Abwesenheiten wie Krankenhausaufenthalte oder Urlaubsabwesenheiten und alle Fälle von (Mit-) Erbschaften auch bei Dauertestamentsvollstreckung, Enterbung, Pflichtteilsansprüchen, Vermächtnissen. Dies gilt auch für alle Änderungen von leistungserheblichen Tatsachen bei Personen, die zu meiner Einsatzgemeinschaft gehören, wie die im Haushalt lebenden Eltern oder das im Haushalt lebende Elternteil des hilfeschuchenden minderjährigen Kindes und minderjährige unverheiratete leibliche Kinder, sofern sie ihren Bedarf nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen decken können.

Ich weiß, dass unvollständige oder unrichtige Angaben die Ablehnung bzw. die Aufhebung (§§ 44 ff Sozialgesetzbuch Zehntes Buch) der Bewilligung und die Rückforderung (§ 50 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch), die Anordnung von Kostenersatz nach §§ 103 ff Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch und eine Strafverfolgung nach sich ziehen kann.

Ich versichere hiermit, dass meine vorstehenden Angaben vollständig und wahr sind.

Datum

Unterschrift des Antragstellers und/oder des Betreuers/Bevollmächtigten

Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung – EUTB nach § 32 Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch (SGB IX)

Zur Stärkung der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohter Menschen fördert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein von Leistungsträgern und Leistungserbringern **unabhängiges ergänzendes Beratungsangebot**. Das ergänzende Angebot erstreckt sich auf die **Information und Beratung über Rehabilitations- und Teilhabeleistungen** nach dem SGB IX.

Weitere Informationen erhalten Sie auf <https://www.teilhabeberatung.de>.

Bitte denken Sie daran, den Antrag vollständig auszufüllen und Ihre Angaben durch notwendige Nachweise zu belegen. Fehlende Angaben und Unterlagen müssen nachgefordert werden und verzögern die Bearbeitung.

Dem Antrag habe ich u. a. folgende Unterlagen in Kopie beigelegt:

- bei Bestehen einer gesetzlichen Betreuung: Betreuerausweis und Betreuungsgutachten
- bei minderjährigen antragstellenden Personen: Nachweis über das Sorgerecht, sofern nicht von beiden Elternteilen gemeinsam ausgeübt

- gültiges Ausweisdokument (Bild und Ausweisnummer können geschwärzt werden)
- bei ausländischen Staatsangehörigen: Aufenthaltstitel

- Nachweis über die Leistungen der Pflegekasse
- aktuelle Bescheide bei Bezug dieser Leistungen: Grundsicherung/HLU, Bürgergeld, Wohngeld, BAföG
- Rentenbescheid des Vorvorjahres, jeweils mit allen Anlagen/Seiten
- bei Bezug von Rente wegen Erwerbsminderung: Nachweis, ob die Rente befristet oder unbefristet gewährt wird
- bei Erwerbstätigkeit: Einkommensteuerbescheid des Vorvorjahres und die dazugehörige Steuererklärung
- falls die aktuellen Einkünfte erheblich von denen des Vorvorjahres abweichen, zusätzlich aktuelle Nachweise zu den einzelnen Einkommensarten
- sämtliche Nachweise über vorhandenes Vermögen (für Kontoauszüge: Auszüge aller Konten der letzten drei Monate vor Antragstellung)

- Schwerbehindertenausweis
- Gutachten des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung über die Feststellung eines Pflegegrads (Pflegegutachten), sofern vorhanden
- ärztliche Unterlagen, aus denen sich Art und Schwere der Behinderung ergeben
Sie sind sich unsicher, welche ärztlichen Unterlagen benötigt werden? Wir nennen Ihnen hier ein paar Stellungnahmen und Gutachten, die für unsere Zwecke aussagekräftig sind:
Grundsätzlich:
Bescheid über die Entscheidung einer Schwerbehinderung
aktuelle medizinische Berichte/ Stellungnahmen mit Diagnose

Bei nicht eingeschulden Kindern zusätzlich:
Berichte Kinderarzt /SPZ / Frühförderstelle / Klinik/ Psychiatrie
Bericht aus dem U-Heft, aus dem Auffälligkeiten ersichtlich sind
Überweisung vom Arzt mit „Verdacht auf“
Einschulungs-Untersuchungs-Unterlagen

Bei Schulkindern zusätzlich:
Sonderpädagogisches Gutachten /Feststellungsbeschluss
Berichte Kinderarzt /SPZ / Frühförderstelle / Klinik / Psychiatrie
Einschulungs-Untersuchungs-Unterlagen
Hilfepanung Jugendamt

Bei Erwachsenen zusätzlich:
Klinik / Psychiatrie / Werkstattbericht
MDK-Bericht

- BEI BW Vorbereitungsbogen
- Einverständniserklärung Datenschutz

!Bitte beachten Sie, dass ohne medizinische Unterlagen Ihr Antrag nicht bearbeitet werden kann!

zurück an das

Landratsamt Konstanz
Sozialamt / Eingliederungshilfe
AZ: 22__
Benediktinerplatz 1
78467 Konstanz